Abendausgabe

Nr. 329 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 165

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig
50 Milliarden

Dienstag
15. Juli 1924

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das Programm der Konferenz.

Amerikanische Bedingungen.

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Erklärungen, die Macdonald am Montag im Unterhaus über die Londoner Konferenz abgegeben hat, nimmt bisher als einziges Blatt das „Echo de Paris", dessen Auslandsredakteur bereits in London eingetroffen ist, Stellung. Man habe das Gefühl gehabt, daß Macdonald viel gesprochen hat, um nichts zu sagen, immerhin habe er die These durchblicken lassen, die er auf der Konferenz zu vertreten gedenke, nämlich die, daß der Dawes-Plan nicht ohne Mitwirkung des englischen und neutralen Kapitals realisiert werden könne und daß deshalb dessen Vertretern die letzte Entscheidung über diejenigen Fragen vorbehalten bleiben müsse, über die man sich am 9. Juli in Paris nicht habe einigen können. Die englische Regierung habe unmittelbar nach der ersten Besprechung von Chequers die Absichten der amerikanischen Finanz sondiert, und diese habe ihre Mitwirkung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

1. Priorität für die Zinsen und den Tilgungsdienst der 800-Millionen-Anleihe.

2. Abschluß eines den guten Willen Deutschlands sichernden gegenseitigen Vertrages über die Durchführung des Sachverständigenplanes.

3. Verpflichtung, daß die zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe bestimmten Beträge von den Bestimmungen über die Ueberweisung deutscher Zahlungen ausgenommen sein sollen.

4. Ausdrücklicher Verzicht auf jede isolierte Aktion aller beteiligten Länder und Teilnahme eines Vertreters der Anleihezeichner bei allen Beschlüssen über die Zweckmäßigkeit und die Natur neuer Sanktionen.

Am heftigsten umstritten dürfte auf der Londoner Konferenz demnach die Frage der Reform der Reparationskommission, die französische Forderung nach der Kontrolle der strategisch wichtigen Eisenbahnlinien und die Frage der Sanktionen sein. Nach den Absichten des englischen auswärtigen Amtes werde die Konferenz in drei Phasen zerfallen. Zunächst eine Konferenz der alliierten Regierungen, deren jede von vier Sachverständigenkommissionen beraten werde; als zweite Phase, sobald eine Einigung über die prinzipiellen Fragen erzielt sei, die Ausarbeitung der technischen Einzelheiten durch die Sachverständigen, und endlich eine neue Konferenz zwischen den Ministerien und die Einleitung direkter Verhandlungen mit Deutschland. Unter diesen Umständen rechne man in unterrichteten Kreisen mit einer Dauer der Konferenz bis mindestens zum 10. oder 12. August.

Französische Vorarbeiten.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die der französischen Delegationen für die Londoner Konferenz angehörenden Sachverständigen haben am Montag unter dem Vorsitz Herriots den ganzen Tag über die französischen Vorschläge beraten. Die Mitteilung des „Matin", wonach den Gegenstand der Aussprache insbesondere die Frage des künftigen Regimes im Rheinland, der Eisenbahnen, der Ueberweisung der deutschen Zahlungen und die Form, in der Deutschland zur Konferenz zugezogen werden soll, gebildet haben, läßt einige Rückschlüsse auf die Politik zu, die Frankreich in London vertreten wird.

Die Delegationen unterwegs.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische und belgische Delegation zur Londoner Konferenz werden heute nachmittag in London erwartet. Macdonald hat für heute abend die Führer der bereits eingetroffenen Delegationen zu einem Bankett gebeten.

Die Kammer beschließt Amnestie.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einer Nachtsitzung, die erst gegen 2 Uhr morgens zu Ende war, hat die Kammer die Lesung des Amnestiegesetzes beendet. Die Annahme erfolgte mit 326 gegen 185 Stimmen. Die Rechte hatte zu einem letzten Vorstoß den ehemaligen Kriegsminister Maginot vorgeschickt, der das Gesetz als eine Ermunterung der antifranzösischen Propaganda in der Armee bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Senat die Vorlage zu Fall bringen werde. Mit der Erwiderung, daß die Justiz allen Grund habe, Nachsicht zu üben, solange es noch eine ganze Reihe von großen Skandalen gebe, die bisher keine Sühne gefunden hatten, und mit dem Hinweis, daß der Senat selbst nach 1870 eine viel weitgehendere Amnestie als die jetzige beschlossen habe, brachte Herriot die Rechte zum Schweigen. Für das Gesetz haben mit dem Kartell der Linken auch die Kommunisten gestimmt.

Macdonald fährt nach Genf.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Absichten des englischen Kabinetts für die Vertretung Englands bei der nächsten Vollsitzung des Völkerbundes machte Lord Parmoor am Montag im Oberhaus bestimmte Angaben. Danach wird

Macdonald die britische Delegation selbst führen

und nach seiner Rückkehr der berühmte Professor an der Universität Oxford und Vorkämpfer des Völkerbundgedankens Gilbert Murray Englands Führung übernehmen. Lord Parmoor wird zweiter, der Innenminister Henderson dritter britischer Vertreter sein. Auf die Frage nach den Absichten der Regierung in bezug auf den angeregten Defensivvertrag antwortete Parmoor ausweichend. Die Stellungnahme der Regierung sei in einer nach Genf gesandten Denkschrift, die sich an die Richtlinien des früheren Kabinetts halte, niedergelegt. Parmoors Vorgänger, Lord Cecil, konstatierte in der Debatte die Befriedigung Englands über die Verminderung der Truppen im Saargebiet, stellte jedoch fest, daß im Saargebiet solange kein wirklich befriedigender Zustand sich ergebe, bis die Aufrechterhaltung der Ordnung lediglich in den Händen der Landespolizei liege.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" beschäftigt sich am Montag mit dem Berliner Bericht über die Reichskanzlerrede vor der Presse. Sie sagt, daß der interessanteste Teil der ist, wo der Kanzler im Hinblick auf das Parmoor-Interview der SPD. Ausführungen über den Völkerbund macht. Die „Times" erinnert an die bisherige ablehnende Haltung der Reichsregierung und weist darauf hin, daß der Kanzler für den Eintritt in den Völkerbund lediglich den Standpunkt deutscher Interessen betont hat. Wenn er nicht einmal ein Lippenbekenntnis zur Idee des Völkerbundes aufgebracht habe, so deshalb, weil die große Masse des deutschen Volkes den Völkerbund mit Pazifismus verwechsle und den Frieden für einen müßigen Traum halte.

Die Unterhausdebatte.

Im weiteren Verlaufe der Debatte im Unterhaus sprach nach Macdonald der Konservative Austen Chamberlain, der den Premierminister viel schärfer kritisierte als Baldwin es getan hatte. Er warf ihm unter anderen vor, durch seine unklare Haltung gegenüber dem Versailler Vertrag und der Reparationskommission den Deutschen Vorwände zum Feilschen und zum Zögern geliefert zu haben. Die Konservativen hielten am Versailler Vertrag als an der einzig möglichen Grundlage für Europa fest, sie machten ferner die Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich zum Kardinalpunkt ihrer Politik und verlangten, daß Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfülle; dafür werde England die Integrität Deutschlands respektieren.

Morel hielt eine etwas pessimistische Rede, in der er die Erfüllung des Gutachtens 40 Jahre lang für einen „Sommernachtstraum" erklärte und außerdem eine Gefahr für die englische Industrie darin erblickte.

Andere Arbeiterparteiler (Johnston, Dickson) äußerten die gleiche Besorgnis hinsichtlich der Rückwirkung deutscher Reparationen auf die englische Volkswirtschaft.

Die konservativen Redner Sir F. Wise und Samuel äußerten starke Zweifel an der Möglichkeit der Ausführung des Gutachtens, ebenso der Liberale Wedgowood Benns. Der liberale General Spears warf die Frage der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer auf und erklärte, die Zone dürfe dann nicht von Franzosen besetzt werden, außer wenn sich Deutschland neue Verfehlungen zuschulden kommen lasse. Er befürchtete, daß Macdonald dem französischen Standpunkt bereits zu weitgehende Zugeständnisse gemacht habe, die den Dawes-Bericht gefährden würden.

Vorher hatte Macdonald in seiner Rede u. a. noch ausgeführt, es wäre eine Torheit, schon jetzt ein Sanktionsprogramm aufzustellen für den Fall eines deutschen Verzuges. Das Problem der französischen Sicherheit sei das Kernproblem des europäischen Friedens schlechthin.

Achtstundentag und Reparationen.

Erklärung des Genossen Jouhaux.

Genf, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der französischen Gewerkschaften Genosse Jouhaux gab unserem Vertreter folgende Erklärung:

„Was die Beherrscher der Wirtschaft in Deutschland wollen, was sie gegenwärtig betreiben, das ist die Wiedereinführung der langen Arbeitstage und der niedrigen Löhne. Sie wollen damit ihre Schleuderkonkurrenz auf den ausländischen Absatzmärkten wieder aufnehmen, das erschöpfte deutsche Proletariat in Knechtschaft zwingen und damit endgültig dessen Widerstand gegen die soziale und politische Reaktion brechen. Sie werden darin von den Unternehmern der anderen Länder unterstützt, die mit Hilfe dieses Rückschritts hoffen, selbst zu den gleichen Zielen zu gelangen. Daraus ergibt sich jene Interessengemeinschaft, die in Genf zur Schau getragen wurde und die ein neues Beispiel dafür liefert, was für die Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs eine „wirtschaftliche Verständigung" zwischen den beiden Ländern bedeutet.

Es erübrigt sich, zu betonen, wie sehr dieses Manöver auch die französischen Arbeiter unmittelbar berührt.

Der Vorstoß gegen den Achtstundentag hat sich zuerst im Ruhrgebiet entfaltet. Unter den Augen der Besatzungsbehörden, deren Auftraggeber sich auf den Versailler Vertrag berufen, in dem der Grundsatz des Achtstundentages ausdrücklich verankert ist, haben die von Stinnes geführten Industriemagnaten auf die Aufzwingung der 10stündigen Arbeitszeit hingewirkt.

Die Arbeiterschaft wird um keinen Preis darin einwilligen, daß die Einführung des Achtstundentages auf das politische Gebiet hinübergeleitet werde, daß die Regelung der Reparationsfrage und des Friedens zum Schaden ihrer wertvollsten Eroberung erfolgen und daß ihre deutschen Klassengenossen allein die ihrem Lande auferlegten Lasten tragen, wie es die Industriepatrioten Deutschlands Hand in Hand mit den Industriepatrioten Frankreichs erstreben."

Das letzte Mittel.

Mussolini unterdrückt die Kritik der Presse.

Rom, den 11. Juli 1924.

Mussolini hat seinerzeit gesagt, daß nur sein schlimmster Feind etwas gegen ihn ersinnen könnte, wie die Ermordung Matteottis. Wir glauben, dieser selbe schlimmste Feind hat ihm bei dem Erlaß des Pressedekrets zur Seite gestanden. In einem politischen Augenblick, wie dem jetzigen, der öffentlichen Meinung die Möglichkeit der Aeußerung nehmen, das heißt, all den Gerüchten, die heute wie Gespenster umgehen, klare Umrisse und Gewicht verleihen, das heißt, den Verdacht, der heute sich vielarmig an jede Handlung und jede Persönlichkeit der Regierung hängt, ins Riesenhafte vergrößern. Eine Regierung, die sich als Zielscheibe der schwersten Anklagen fühlt, die Männer ihrer nächsten Umgebung und Träger ihres bedingungslosen Vertrauens unter der Anklage des Meuchelmordes hat ins Gefängnis wandern sehen, hat nur eine Zuflucht, um sich vor den Augen der Gegenwart und dem Zeugnis der Geschichte rein zu waschen: die Flucht in das helle Licht der Oeffentlichkeit, in die Klarheit der freien Diskussion. Daß Mussolini die Oeffentlichkeit schweigen heißt und die Diskussion abwürgt, müssen wir als das bewerten, als was seinem sittlichen Standard die Ermordung Matteottis erschien: als eine kolossale Dummheit. Um dem Dekret eine kluge oder wenigstens eine schlaue Seite abzugewinnen, müßte man Beziehungen zwischen der Regierung und der Ermordung Matteottis voraussetzen, die sich im Regime der Preßfreiheit nicht aufgedrängt haben.

Wir wollen nicht die Frage behandeln, ob das Dekret verfassungsrechtlich und juridisch gültig sein kann. Es ist vom König im Juli des vorigen Jahres unterzeichnet worden und dann zwölf Monate bei Mussolini liegengeblieben (der es sich übrigens noch in einer der letzten Kammersitzungen zur Ehre anrechnete, es nicht angewandt zu haben); außerdem erscheint es heute verändert gegenüber dem im vorigen Jahre der Presse mitgeteilten Text, insofern heute ein Artikel 4 die Beschlagnahme der den Bestimmungen des Dekrets widersprechenden Zeitungen freistellt, welche Beschlagnahme einfach durch die Polizei erfolgen kann, die dazu keiner anderen Autorisation bedarf. Es ist nicht einmal sicher, ob diese Abänderungen des ursprünglichen Entwurfs auch vom Könige unterzeichnet wurden. Weit gewichtiger ist der Einwand, ob man einem Gesetze Ausführungsbestimmungen geben kann, die den Inhalt des Gesetzes aufheben; das heutige Dekret ist nämlich formell nur die Ausführungsbestimmung des italienischen Preßgesetzes vom März 1848. Wie Till Eulenspiegel, der sechs Wochen im Wirtshaus saß, dann aber im Galopp nach Hause ging, so hat man in Italien 76 Jahre mit dem bloßen Gesetz vom Jahre 1848 auskommen können, dann war aber das Bedürfnis nach Ausführungsbestimmungen so furchtbar eilig, daß man ein Dekret erlassen mußte, gerade nachdem die Regierung feierlich versprochen hatte, Dekrete nur im Dringlichkeitsfalle anzuwenden. Uebrigens braucht man weder Staatsrechtler noch Jurist zu sein, um einzusehen, daß eine Ausführungsbestimmung nun und nimmer ein verfassungsmäßiges Recht aufheben und, wie das heutige Dekret tut, Paragraphen des Strafgesetzbuches außer Kraft setzen kann. Aber eine Diskussion über die Rechtmäßigkeit ist im heutigen Regime zwecklos; der größte Teil der italienischen Bevölkerung hält auch die heutige Kammermehrheit nicht für rechtmäßig gewählt und doch ändert diese Auffassung nichts an der Lage des Landes.

Wir müssen uns begnügen, das Dekret auf seine politischen Folgen hin zu bewerten, da seine politischen Beweggründe dem gesunden Menschenverstande nur auf dem Wege des schwersten Verdachtes zugänglich würden und eine Diskussion seiner Rechtmäßigkeit zurzeit nur theoretische Bedeutung haben könnte. Welche politischen Folgen kann das Dekret haben?

In normalem Regime wäre die nächste unvermeidliche Folge die Unterdrückung der gesamten faschistischen Presse, die keinen Tag verstreichen läßt, ohne zum Klassenhaß oder zum Verbrechen aufzureizen. Pflegte doch bis vor kurzem eine römische Zeitung periodisch die Namen von Personen der Opposition zu veröffentlichen, die ihr als Zielscheibe faschistischer Entrüstung geeignet schienen; schon vor einem Jahre brachte das Mailänder Organ Mussolinis eine nicht mißzuverstehende Aufforderung, Matteotti ordentlich „den Kopf einzuschlagen". Ohne Ansehen der Partei angewendet, würde das Dekret der blutrünstigen Hetze der Faschistenblätter ein Ende machen, was zweifellos der Regierung ihr Amt erleichtern würde.

Gesetzt aber, Mussolini wollte wirklich und im Ernst ein Gesetz anders als im Parteiinteresse, anders denn als Waffe des Faschismus gegen das Land anwenden, wo nimmt er die Organe für diese Anwendung her? Das Pressedekret legt alles in die Hand der Präfekten, die bekanntlich das Ministerium des Innern, also die Exekutivgewalt in den Provinzen darstellen. Die heutigen Präfekten sind lauter Faschisten und befinden sich zum Teil in einem Zustande der Botmäßigkeit gegenüber der lokalen Parteiorganisation. Es kommt jetzt zum Beispiel durch die „Voce Republicana" heraus, daß die Präfekten von Cagliari und Sassari je 50 000 Lire aus der faschistischen Wahlkasse erhalten haben, welche Sendungen zum Ueberfluß noch von dem Herrn Dumini, den mit den „elf bis zwölf Morden auf

„Bestellung", unterzeichnet war. Wehe einem solchen Präfekten, wenn er es wagte, eine faschistische Zeitung anzutasten; das letzte Stündlein seiner Macht hätte geschlagen. Hat man doch noch in diesen Tagen einen Unterpräfekten strafweise versetzt, weil er es gewagt hatte, in Gegenwart eines Offiziers der faschistischen Miliz den General de Bono zu kritisieren, der wegen seines Verhaltens nach der Ermordung Matteottis von seiner Stellung als Generaldirektor der Polizei abgesetzt worden war, aber bis heute das Generalkommando der Miliz in Händen hält. Die Präfekten gelten heute als nichts anderes denn als Werkzeuge des Faschismus. Und ihnen — nicht, wie in anderen Ländern, der richterlichen Gewalt — steht es zu, eine Zeitung zu vermahnen und ihr, nach zweimaliger Vermahnung in einem Jahre, die Möglichkeit zum Weitererscheinen zu nehmen, wenn sie „durch falsche oder tendenziöse Nachrichten der diplomatischen Aktion der Regierung im Auslande Schwierigkeiten bereitet, oder das nationale Ansehen im Inlande oder Auslande schädigt, oder unberechtigte Unruhe in der Bevölkerung hervorruft, oder in irgendeiner Weise die öffentliche Ordnung stört". Der Vermahnung und ihren Folgen, die auch die Beschlagnahme der betreffenden Nummer einbegreifen, setzt sich ferner eine Zeitung aus, die „durch Artikel, Kommentare, Notizen, Titel, Illustrationen oder Karikaturen aufreizt zum Begehen von Verbrechen, oder zum Klassenhaß oder zur Nichtbefolgung der Gesetze und behördlichen Verordnungen, oder die die Interessen fremder Staaten, Gesellschaften oder Einzelpersonen zum Nachteil italienischer Interessen fördert, oder das Vaterland, den König, die königliche Familie, den Papst, die Staatsreligion, die staatlichen Institutionen und Behörden beleidigt oder herabsetzt". Um dem Schaden den Spott hinzuzufügen, wird als Appellationsinstanz das Ministerium des Innern festgesetzt. Die freie Meinung wird also fernerhin in Italien ihre Existenzmöglichkeit nur von dem Wohlwollen der Exekutivgewalt ableiten. Nur gegen vermeintliche Kompetenzüberschreitung oder gegen Formfehler bleibt die Berufung an die vierte Sektion des Staatsrates vorbehalten.

Als erstes Opfer der „Juliordonanz" Mussolinis, gegen die die Juliordonanzen Karl X. wahre Freiheitshymnen waren, ist ein Neapolitaner Witzblatt, das „ABC", gefallen, dessen Karikaturen dem Präfekten nicht gefielen. Vorahnend sehen wir schon den prächtigen „Becco giallo" in Rom, den „Grünschnabel", in der ersten Woche die erste und in der zweiten die zweite „Vermahnung" erfahren, um dann sein tapferes Krächzen einzustellen, solange die Raben über Italien Meister sind.

Wo will man aber im Ernst hinaus? Wir können doch unmöglich anehmen, daß heute die Lausbubenfreude, dem Gegner und dem Konkurrenten einen Streich zu spielen, zu den schwerwiegendsten und folgenreichsten politischen Maßnahmen führt. Wen will man mundtot machen? Ein römisches Morgenblatt des Faschismus meint, es gälte denen, die sich in die Voruntersuchung des Verbrechens an Matteotti einmischen. Ja, glaubt man denn, das italienische Volk sei moralisch taub und blind, sei durch zwanzig Monate Gewaltherrschaft so jeder nationalen Würde und jedem Rechtsgefühl entfremdet, daß es gleichgültig sein kann gegen eine solche Tat, zu der die herrschende Partei die ausführenden Mörder, den Plan, das Geld und die ersten Vertuschungsversuche geliefert hat? Schätzt man im Ernst das italienische Volk so tief ein, daß man ihm zutraut, über den unbeerdigten Leichnam Matteottis zur Tagesordnung überzugehen, weil es der Regierung unangenehm ist, weiter von dem reden zu hören, was das „Giornale d'Italia" eine „gaffe des Fascismus" nennt? Da kann man getrost die letzte nichtfaschistische Druckerei in Italien vernichten, man wird es nicht durchsetzen, daß es still wird um den Toten, der selbst als Leiche dem Faschismus noch Angst macht. Mussolini schicke seine Aushorcher auf die Märkte und Plätze der Hauptstadt, unter Leute, die nicht lesen und schreiben können, man wird ihm Dinge berichten, die ihn belehren könnten, wie gefährlich es ist, die Gerüchte ohne den Zügel der öffentlichen und durch Bildung und Kenntnisse berufenen Kritik frei umher schweifen zu lassen. Wenn wir nicht irren, hatte Mussolini übrigens völlige und rückhaltlose Klarheit über das Verbrechen und seine Vorgeschichte versprochen. Was will man verbergen? Was hat man zu verbergen?

Der Lump und das Schwein.

Eine deutschnational-völkische Auseinandersetzung.

Die „Reichssturmfahne", herausgegeben vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Alfred Roth, brachte kürzlich folgende Briefkastennotiz:

Jaköble in Hamburg-Berlin: Sie wissen ja wohl, den Verräter benützt man, aber man verachtet ihn als einen Lumpen. Hüten Sie sich, nicht allzu lumpenhaft zu scheinen, denn selbst das „Deutsche Tageblatt" verträgt auf die Dauer solche Mitarbeiter nicht. Und was soll dann aus Ihnen werden?"

„Meint er mir oder meint er mich?" dachte J. Bucher von Wulles „Deutschem Tageblatt", setzte sich hin und schrieb eine Erklärung. Es handele sich um Dinge, die vor 12 Jahren passiert sein sollen und die nicht mehr nachzuprüfen wären. Im übrigen halte er es mit der Bauernregel:

„Wenn das Schwein sich wälzt in der Lachen,
Brauchst du's ihm nicht nachzumachen!"

Es scheint also, daß die beiden Herren nicht ganz einig sind. Im übrigen predigen Herr Bucher, der Lump, und Herr Roth, das Schwein, täglich die Erneuerung Deutschlands durch den völkischen Idealismus.

Brotwucher oder nicht?

Die Nationalsozialisten als Bundesgenossen der Agrarier.

Die Schutzzöllner aller Richtungen versuchen der Oeffentlichkeit einzureden, daß Schutzzoll und Brotwucher nicht im Zusammenhang ständen. Sie behaupten frischweg, daß die Einführung des geplanten Hochschutzzolls überhaupt keine Brotverteuerung nach sich ziehen werde. Eine frechere Agitationslüge ist bei Zollkämpfen noch nicht in die Welt gesetzt worden. Die Wirkung des Zolls wird vielmehr eine katastrophale Brotverteuerung sein. Die „Frankfurter Zeitung" stellt fest:

„Die Wiedereinführung des Bülow-Tarifes von 1902 bedeutet einen Weizenzoll von 5,50 M., einen Roggenzoll von 5 M., Haferzoll von 5 M., Braugerstenzoll von 4 M. und Futtergerstenzoll von 2,80 M., wenn man die sogenannten Vertragszollsätze zugrunde legt. Für Getreide und nur für dieses hatte der Bülow-Tarif bekanntlich Doppelsätze, von denen der sogenannte autonome bei Weizen 7,50 M., bei den übrigen Getreidearten 7 M. betrug. Es ist bezeichnend, daß die agrarische Presse den Vertragssatz schon heute für völlig ungenügend erklärt, obgleich er schon 1902 mit Recht als zu hoch bekämpft wurde. Seine Wirkung auf den Preis würde heute geradezu ungeheuerlich sein, denn die Angleichung an den Weltmarktpreis, die die allgemeinen Verhältnisse in den nächsten Monaten besonders dann bringen werden, wenn die Ausfuhrsperre für Getreide fällt — und diese wird nicht aufrecht zu erhalten sein —, würde durch den Zoll noch beschleunigt werden und es würde dann wahrscheinlich der Zustand eintreten,

daß sich z. B. der jetzige Weizenpreis binnen kürzester Frist etwa verdoppelt.

Die Zollvorlage bedeutet also hundertprozentigen Brotwucher!

Für diesen Anschlag haben die Agrarier die Bundesgenossenschaft der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Das „Deutsche Tageblatt" schreibt:

„Es war ebenfalls bekannt und war zu erwarten, daß unserer Landwirtschaft wieder der so lang entbehrte und so dringend notwendige dürftige Schutz gewährt würde. Sie kannten zudem die Notlage der Landwirtschaft, und sie wissen weiter, daß durch die Einführung der geplanten Zölle eine nennenswerte Brotverteuerung überhaupt gar nicht eintreten kann. Warum also dies Gelärme? Warum wird so getan, als müsse unser Volk infolge der geplanten Schutzzölle über Nacht verhungern? Es dreht sich ja gar nicht irgendwie um die Sorge für das arbeitende Volk, auch nicht um die Sorge für den Industriearbeiter. Es dreht sich darum, die deutsche Oeffentlichkeit von der ungeheuren Blamage der Demokratie abzulenken, einen neuen Agitationsstoff zu finden, um dem Volke wiederum Sand in die Augen streuen zu können."

Dazu ist die Partei der Nationalsozialisten da: für die Arbeiter die Phrase des Nationalismus und die Hetze gegen die Demokratie, für die Agrarier, die die Menager sind, das Geschenk des Hochschutzzolls. Mit blödem Geheul gegen die Demokratie sollen die Wucherabsichten des Agrariertums verborgen werden. Die „Freiheit" dieser Freiheitspartei besteht in der Freiheit, verdoppelten Brotpreis zu zahlen, der „Sozialismus" in der schamlosen Ausplünderung der arbeitenden Massen zugunsten der Großagrarier. Brotwucher gehört zu den obersten völkischen Tugenden.

Bürgerblockblamage in Braunschweig.

Am Sonntag fand in Braunschweig die Vorabstimmung für die Auflösung des braunschweigischen Landtages statt. Die Initiative dazu ist von den Deutschnationalen, der Volkspartei, den Welfen und dem Zentrum ausgegangen. Der Bürgerblock, der sich da zusammengetan hat, erlebte aber am Sonntag einen kläglichen Reinfall. Nach den Bestimmungen der Verfassung müssen von den rund 300 000 Abstimmungsberechtigten in der Vorabstimmung mindestens 10 Proz., also 30 000 Stimmberechtigte, dafür stimmen, daß ein Volksentscheid über Auflösung des Landtages herbeigeführt wird. Gestern abend zählten bürgerliche Telegraphenagenturen insgesamt 14 000 abgegebene Stimmen. Heute liegt nach einem Bericht unseres Parteiblattes in Braunschweig das Ergebnis für die Stadt Braunschweig vor. Danach hat der Bürgerblock in Braunschweig Stadt von 103 000 Stimmberechtigten ganze 19 000 Mann auf die Beine gebracht. Im Lande verlief die Abstimmung noch viel kläglicher. Es wird mit einer Abstimmung zugunsten eines Volksentscheides von höchstens 35—40 000 Ja-Stimmen gerechnet. Danach muß der Volksentscheid demnächst vorgenommen werden. Sollte er, was nach diesem Ergebnis der Vorabstimmung nicht anzunehmen ist, die Auflösung des Landtages aussprechen, so kann die Neuwahl doch nicht vor Anfang 1925 stattfinden, und dann hätten sowieso Neuwahlen stattzufinden. Der Bürgerblock in Braunschweig hat jedenfalls bei der Abstimmung am Sonntag nicht gerade glänzend abgeschnitten. Nicht umsonst klagt die „Braunschweigische Landeszeitung" über die schwache Beteiligung. Der Bürgerblockgedanke hat sich eine schwere Niederlage geholt.

Der Ausschluß von Rosi Wolfstein.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags beriet heute über den Einspruch der Abg. Frau Wolfstein (Komm.) gegen ihre Ausschließung. Der schriftlich niedergelegte Einspruch fügte der im Plenum gegen den Präsidenten Leinert ausgesprochenen Beleidigung eine neue Beleidigung hinzu. Präsident Leinert beantragte trotzdem eine Milderung dahin, daß der Ausschluß nur bis Ende der laufenden Woche anhalten solle. Das wurde von allen Parteien abgelehnt. Es bleibt also bei dem Ausschluß auf 8 Sitzungstage. Da der Landtag in dieser Woche in die Sommerferien geht, so wird voraussichtlich erst am 26. September die Frist, über die sich der Ausschluß erstreckt, ablaufen. Das hat zur Folge, daß während dieser Zeit Frau Abg. Wolfstein die Diäten und die freie Bahnfahrt verliert.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht als erster Punkt der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den kommunistischen Antrag auf Herausgabe von Material, das bei der Durchsuchung der Räume der kommunistischen Fraktion im Landtag beschlagnahmt worden ist.

Der Berichterstatter, Abg. Ruschke (Dem.), legt die Gründe dar, aus denen die Mehrheit des Ausschusses zur Ablehnung des kommunistischen Antrages gekommen ist. Der Ausschuß habe auch die Frage erörtert, ob der Präsident in der Lage sei, die Genehmigung zu solchen Durchsuchungen an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, die Ausschußmehrheit habe den Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, bei ähnlichen Durchführungen die Rechte des Parlaments zu wahren. Die Bezeichnung von bestimmten Teilen des beschlagnahmten Materials zur Herausgabe war deshalb nicht möglich, weil über ein Verzeichnis des beschlagnahmten Materials nur der Präsident Leinert verfügt, dem es unter der Bezeichnung „Geheim" zugegangen ist und der sich zur Bekanntgabe des Verzeichnisses nicht für berechtigt hält. (Hört, hört! und Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Neuestes aus Schilda.

Von Karl Fischer.

Ist da irgendwo im Osten Deutschlands eine große Stadt mit vielen breiten Straßen, mit grünen, schattigen und auch sonst sehr schönen Plätzen.

Eine dieser Straßen heißt noch immer in Erinnerung an die große Zeit Kaiser-Wilhelm-Straße, und in der Kaiser-Wilhelm-Straße steht eine Bedürfnisanstalt, die besonders groß und besonders komfortabel ausgestattet ist.

Die Stadtväter von damals dachten vielleicht, Wilhelm, der Vater des Vaterlandes, der doch so gerne seine Nase in jeden Dreck steckte, werde beim Besuch der Stadt auch die Bedürfnisanstalt beehren, und haben sie aus dem Grund so schön und schmuck herausgeputzt.

Aber Wilhelm geruhten nicht, hier Platz zu nehmen, was übrigens für die Stadt nur von Vorteil war, da man sonst für teures Geld eine Gedächtnistafel hätte anbringen müssen, auf der das Verweilen des Landesvaters in den heiligen Hallen verewigt war.

Die andern Bürger der Stadt aber und die gewöhnlichen Sterblichen lenkten häufig ihre Schritte nach dem Häuschen und verließen es in dankbarer Gesinnung und angenehm erleichtert.

Nun begab es sich, daß der Stadtsäckel, wie das ja auch in andern Gemeinden vorkommen soll und woran natürlich nur Revolution und Republik die Schuld tragen, zum Gotterbarmen schmal und schwächlich wurde.

Da hörte der Kämmerer der Stadt im Osten, daß ein geschäftstüchtiger Mann in der lebhaft begangenen Kaiser-Wilhelm-Straße einen öffentlichen Verkauf von Speiseeis etablieren und zu diesem Behuf einen Kiosk auf der Straße erbauen wolle.

Halt, dachte der erleuchtete Kämmerer, hier hältst du deine Hand dazwischen und leitest auf die einfachste Weise von der Welt Geld in die Kasse.

Er ließ also jenen Mann kommen und machte ihm den Vorschlag, die eine Hälfte der besonders großen und besonders schönen Bedürfnisanstalt zu pachten und dort an die Passanten sein Speiseeis zu verkaufen.

Dieser Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden und wurde ausgeführt, indem man die eine Seite, die für die Frauen, schloß und schnell in einen Verkaufsstand umwandelte.

Die Frauen entrüsteten sich darob und protestierten beim Magistrat.

Sie wurden aber abgewiesen, und mit Recht!

Wohin sollte es auch führen, wenn der Magistrat auf die großen und kleinen Geschäfte der Frauen Rücksicht nimmt und die Geschäfte des Stadtsäckels hintenanstellt.

Im Gegenteil!

Die geniale Idee des Kämmerers jener Stadt im Osten verdient allgemein nachgeahmt zu werden und kann mit Leichtigkeit zum Vorteil der Stadt erweitert und bedeutend verbreitert werden.

Zum Beispiel liegt es nahe, in den Bedürfnisanstalten, Abteilung für Männer, eine Niederlage von Zigarren, Zigaretten und Tabaken zu errichten, die dann sicher jenes bekannte Wort des Kaisers Vespasian: „Es stinkt nicht!" als Motto führen dürfen.

Oder aber man kann den Bedürfnisanstalten, die ja meistens von ein paar Sträuchern umgeben sind, ein Kaffeehaus angliedern.

Die Toilettefrau ist die Wirtin, kocht den Kaffee und serviert das Gebäck, wodurch man außerdem eine soziale Pflicht erfüllt und der armen Frau zu einer schönen Einnahme verhilft.

Um die Gäste dieses Kaffeehauses vor etwaigen, unangenehmen Geräuschen zu bewahren, engagiert man eine Musikkapelle, die die „Symphonie mit dem Paukenschlag" und andere geeignete Stücke gefühlvoll zu Gehör bringt.

Bedürfnisanstalten endlich, die unter Erde liegen, also kühl und schattig sind, können zur Lagerung von Bier und Wein, sowie zur Konservierung von Lebensmitteln, wie Butter, Fleisch und Wurst, im Sommer verpachtet werden.

Der Ausrufer in Fortsetzung.

Es ist heiß. In meinem Arbeitszimmer, das nach dem Hof hinausgeht, sind die Fenster weit geöffnet.

Ich sitze am Schreibtisch und dichte — der Welt bin ich meilenfern entrückt — meine gesammelten Werke (18 Ganzleinenbände à 5,50 M.). Feierliches Schweigen ist um mich her. Kaum die Uhr wagt laut zu ticken.

Doch jäh wird die Stille unterbrochen. Vom Hofe dringt — stärker und stärker werdend — ein entsetzlicher, langgezogener Schrei zu mir, und die gequälten Ohren vernehmen:

„L—i—o—o—o—zi—ei—ei—ei—n—n"

Ich springe auf. Am ganzen Körper fliege ich. Kaum wage ich zu atmen. Was war das? . . . Sind die Höllengeister los?! . . . Oder mordet man ein Weib — ein Kind?!!

Ich sinke in den Stuhl zurück, will mich sammeln, Ruhe finden. Doch vergeblich. Die Nerven zittern. Immer noch höre ich diesen langen, wahnsinnigen Schrei: „Looooeieieinn!"

Ich greife zur Feder. Doch ich kann nicht weiterschreiben. Ich rufe meine Frau. Sie kommt, sieht mich ganz entsetzt an und schreit: „Was ist los? . . Bist du krank? . . ."

„Die Stimme, Frau, den entsetzlichen Laut, hast du ihn denn nicht gehört? . . . Man hat einen Menschen gemordet, getötet sage ich dir! . . . Denn dieser Schrei . . . Was!! . . . Du lachst?! . . ."

„Mann — Mann, beruhige dich doch, warte auf die Fortsetzung."

„Was!! . . . Warten soll ich!! . . . Worauf? . . . Was kommt denn noch? . . . Plage mich nicht — ich werde wahnsinnig . . ."

Da — da ertönte wieder die schreckliche Stimme:

„O—o—o—ö—ö—ö—ö—ö—l—l—!"

„Um Gottes Willen, Frau, höre auf mit dem Lachen, die Stimme tötet mich. Sie fordert mich!! . . . Was will sie von mir??"

„Aber Mann, beruhige dich doch!"

„Was will sie von dir und von mir??!"

„L—e—i—n—ö—l sollst du kaufen!"

— — — — — — — — — — — — —

Da gab ich meinen Geist auf. Kez.

Wie man auf ein Laubblatt photographiert. So überraschend es zunächst klingt, daß man ein Laubblatt als photographisches Kopierpapier benutzen kann, so ist das Verfahren, wie in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" ausgeführt wird, doch nicht einmal besonders schwierig. Auf dem Kopierpapier entsteht die Photographie, weil in den Salzen, mit denen es überzogen wurde, die Sonnenstrahlen einen chemischen Prozeß hervorrufen, und genau dasselbe geschieht beim Laubblatt. Die Sonnenstrahlen veranlassen die grünen Chlorophyllkörperchen, die im Laubblatt tätig sind, aus der Kohlensäure der Luft und dem Wasser, das ihnen die Wurzeln liefern, Stärke zu bilden. Je intensiver die Strahlen wirken können, um so mehr Stärke wird gebildet, die durch Jodlösung blau gefärbt wird. Will man den Versuch ausführen, so wählt man am besten ein Blatt der Kapuzinerkresse, bedeckt dieses mit Staniolpapier, durch das keine Sonnenstrahlen dringen und läßt das Blatt so noch ein bis zwei Tage an der Pflanze hängen. In dieser Zeit wird die im Blatt vorhandene Stärke verzehrt und keine neue gebildet, da die Sonnenstrahlen fehlen. Am Abend des zweiten Tages entfernt man das Staniol, befestigt auf der Oberfläche des Blattes ein möglichst kontrastreiches Negativ, am besten einen Film, der sich dem Blatte anschmiegt, und setzt am nächsten Morgen das Ganze wieder der Sonnenbestrahlung aus. Am Abend schneidet man das Blatt ab, entfernt das Negativ und brüht das Blatt ein bis zwei Minuten lang in kochendem Wasser. Legt man es nunmehr in warmen Alkohol, taucht es in eine bierbraune Jodlösung und wäscht das Blatt zum Schluß ab, so tritt das Bild deutlich hervor, wenn auch nicht ganz so scharf, wie auf photographischem Kopierpapier. Der Versuch glückt natürlich nur bei wolkenlosem Himmel, am schönsten im Hochsommer, wenn die Strahlen am wirksamsten sind.

Lotte Dewis wurde für die ab 1. August in der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, stattfindenden Vorstellungen der Operette „Geisha" für die Partie der „Molly" verpflichtet.

Ein Watteau-Fund in Sanssouci. Bei den Wiederherstellungsarbeiten im Schloß Sanssouci hat der Kunsthistoriker C. F. Förster ein Jugendwerk Watteaus entdeckt. Es stellt eine ländliche Hochzeit dar und galt bisher für eine Arbeit Paters, eines Nachfolgers von Watteau.

Das Neußer Zeughaus als Theater. Die Stadt Neuß hat ihr Zeughaus, das 1638 als Kirche erbaut worden ist und unter dem Schutze des Denkmalsgesetzes steht, jetzt zu einem Theater und Konzertsaal umgestalten lassen. Der ehemalige Chorraum enthält nun Bühnenraum und Konzertpodium. Das Aeußere des Baues wurde in seinem bisherigen Zustande belassen. Das neue Theater hat etwa 750 Sitzplätze.

Auflackiertes „Königtum".

Nach dem Sturz der Monarchie wirkte es wie eine Verhöhnung der jungen Republik, daß man zunächst noch recht oft in Schriftstücken und Stempeln von Behörden und auch in Titeln von Beamten die Zusätze „Kaiserlich", „Königlich" usw. fand. Dieser Skandal, der schwerlich immer nur auf Nachlässigkeit zurückzuführen war, ist im Laufe der Zeit sehr viel seltener geworden, und heute kommt er nur noch in vereinzelten Fällen vor. Um so größeres Aufsehen muß es erregen, wenn im sechsten Jahr der Republik jemand den Zusatz „Königlich" sogar wieder frisch auflackiert. In Fürstenwalde an der Spree hat der Inhaber der am Markt gelegenen Apotheke auf diese Weise das „Königtum" erneuert. Ueber seiner Ladentür hängen zwei alte Firmenschilder, und auf jedem steht die herkömmliche Bezeichnung „Königl. priv. Apotheke", mit weißer Farbe auf schwarzem Grund gemalt. Bei den Buchstaben der Wörter „priv. Apotheke" ist die Farbe durch den Staub und Schmutz vieler Jahre getrübt, aber in schneeigem Weiß leuchtet weithin das Wort „Königl.", das ganz frisch aus dem Pinsel des Malers hervorgegangen ist. Die alte Bezeichnung „Königlich privilegiert" hatte längst keine Bedeutung mehr, und schon vor dem Sturz der Monarchie war sie überflüssig. Wenn sie aber jetzt, im sechsten Jahr der Republik, in dieser Weise erneuert wird, so muß das wie eine aufreizende Herausforderung wirken. Wahrscheinlich wird man dem Inhaber der „Königl. priv. Apotheke" mit keinem Gesetz, auch nicht mit dem Gesetz zum Schutz der Republik, beikommen können, weil er sich ja darauf berufen kann, daß die Apotheke im Jahre 1740 tatsächlich „Königlich privilegiert" worden ist. Aber die Apotheker bedürfen zur Eröffnung ihrer Betriebe auch heute noch der staatlichen Genehmigung und ihre Betriebe stehen dauernd unter staatlicher Aufsicht, so daß man einen Apotheker nicht mit jedem beliebigen Geschäftsmann vergleichen kann. Die Aufsicht soll in erster Linie die Befolgung aller für den Apothekenbetrieb gegebenen Vorschriften sichern, doch sehen wir kein Hindernis, sich auch um die Reklamemittel eines Apothekers zu kümmern, und zu ihnen gehört auch das Firmenschild. Wir glauben nicht, daß in den Zeiten der Monarchie einem Apotheker irgend etwas an seiner Ladenfront erlaubt worden wäre, was nach dem äußeren Eindruck wie eine Demonstration für die Republik aussehen konnte.

„Wertlose Scheine".

Und was Gauner aus ihnen machten.

Bei einem verdächtigen Handel mit nicht entwerteten Briefmarken, Wechselsteuermarken usw. wurde im Februar d. J. ein gewisser Isaak Kohn festgenommen. Er verstand es, sich herauszureden. Man mußte ihn entlassen, weil ihm eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte. Die Kriminalpolizeistelle aber beobachtete ihn heimlich weiter und kam so fortgesetzten Diebstählen bei der Vernichtungsstelle der Reichsbank auf die Spur.

Hier war ein 61 Jahre alter Angestellter Türkwitz an der Vernichtungsmaschine beschäftigt. Dieser nahm, wie er jetzt zugegeben hat, seit Weihnachten v. J. trotz der Aufsicht wöchentlich etwa zweimal größere oder kleinere Mengen Marken, Fehldrucke, die vernichtet werden sollten, mit nach Hause. Er dachte sich auch nichts dabei und gab die Sachen nur zum Spielen seinem kleinen Enkel. Sein Sohn Karl aber, der Vater dieses Enkels, glaubte diese Sachen noch für Sammler verwerten zu können. Er nahm sie jedesmal seinem Söhnchen wieder ab, suchte Abnehmer und fand einen in einem gewissen „Bolle-Max", den er auf einer Suche in einem berüchtigten Quartier in der Linienstraße traf. Dieser trat mit einem gewissen Swenska, einem wiederholt vorbestraften Menschen, in Verbindung, der jetzt das Haupt der Gesellschaft wurde. Swenska drängte „Bolle-Max" und dieser wieder den jungen Türkwitz, immer neue Marken zu liefern. Als Abnehmer und Weitervertreiber kamen nach und nach noch andere hinzu, ohne daß einer vom anderen etwas wußte. Der junge Türkwitz erhielt von seinen Käufern nur sehr wenig, der Alte bekam gar nichts. Auch „Bolle-Max" wurde wiederholt gründlich hineingelegt. An Kohn hatte er in einem Posten für 30 000 M. verschiedene Marken geliefert, als dieser festgenommen wurde. Nach seiner Entlassung spiegelte ihm Kohn vor, man habe ihm „oben" den ganzen Posten abgenommen, und so erhielt „Bolle-Max" diesmal nicht einen Pfennig. Die Gesellschaft versuchte, die Marken sogar bei der Post zu Geld zu machen, hatte damit aber keinen Erfolg, weil die Post keine Marken zurückkauft. Eine Berliner Großbank dagegen blieb auf einem Posten sitzen, den sie gutgläubig abnahm. Kohn versuchte den Absatz wiederholt mit Erfolg auch bei Juwelieren, bei denen er Brillantringe, Schlipsnadeln und dergleichen kaufte. Er gab die Marken in Zahlung oder als Unterpfand für einen Betrag, den er nachzubringen versprach. Die gutgläubigen Juweliere versuchten dann die Marken wieder zu Geld zu machen und wurden so auch in die Untersuchung verwickelt.

Der alte Türkwitz hatte einmal auch einen Posten Zehn-Rentenmark-Scheine, die vernichtet werden sollten, eingesteckt und seinem Enkel geschenkt. Auch diese kamen in die Hände von „Bolle-Max". Weil er sich nicht traute, sie so auszugeben, so verbrannte er 24 Stück bis auf einen Rest mit der Nummer und der Wertzahl. Mit diesem Posten ging er zur Rentenbank, erzählte einen ganzen Roman von einem Mißgeschick, bei dem ihm die Scheine verbrannt seien und glaubte bestimmt, dafür Ersatz zu bekommen. Statt dessen wurde er festgenommen, weil es Verdacht erregte, daß 24 Scheine so schön verbrannt sein sollten, daß gerade nur noch die Hauptsache übrig geblieben war. Auch eine Menge Preußennoten, zu 5 Goldmark, die niemals ausgegeben worden sind, kamen durch diese Bande in den Verkehr. Mit einem Posten Flugpostmarken fuhren Kohn und Swenska nach Hamburg. Ein Berliner Kriminalbeamter, der ihnen auf die Spur gekommen war, folgte ihnen. Er ermittelte Swenska in einem Lokal, in dem er sich in Gesellschaft von gewissen Mädchen gerade schwer betrunken hatte, nahm ihn fest und brachte ihn nach Berlin. Er hatte die Marken in Wechselstuben und Geschäftshäusern bereits zu Geld gemacht und den ganzen Erlös mit den Mädchen durchgebracht. Die Spur Kohns ging in Hamburg verloren. Er war, wie sich jetzt ergab, gleich nach Dresden gefahren, um dort Abnehmer zu suchen. Nachdem er das Geld durchgebracht hatte, kehrte er nach Berlin zurück und handelte mit Flugpostmarken zu 3 Mark und Wechselsteuermarken zu 200 M. wieder in der Friedrichstraße. Hier wurde er von einem Kriminalbeamten überrascht und ebenfalls verhaftet. Im ganzen wurden elf Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der alte Türkwitz wurde wieder entlassen. Bei der Vernichtungsstelle wurde im April d. J. ein neues Verfahren eingerichtet, das eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausschließt. Geschäftsleute, die noch in gutem Glauben erworbene Preußennoten zu 5 Goldmark besitzen, können sich bei der Kriminalpolizeistelle in der Königstraße melden.

Das Güteverfahren.

Bei allen Groß-Berliner Mietgerichten (Amtsgerichten) ist jetzt das sogenannte Güteverfahren eingerichtet. Wird auf Aufhebung des Mietverhältnisses geklagt, so setzt das Gericht einen Termin zur Güteverhandlung an. Die Parteien werden wie sonst geladen. Es findet aber keine Beweisaufnahme statt. Der Richter redet im Beisein der Mietschöffen eindringlich zum Vergleich zu. Leider sind viele Kläger und auch viele Rechtsanwälte so unsozial, den Vergleich abzulehnen, selbst wenn die etwa rückständige Miete auf den Tisch gelegt wird. Sie bringen dann noch alle möglichen anderen Dinge, meist Bagatellen, zur Sprache, die eine „Belästigung" darstellen sollen, um auf diese Weise einen unbequemen Mieter aus der Wohnung zu treiben. Scheitert der Güteausgleich, so kann sofort mit Beweisaufnahme weiterverhandelt werden, wenn der Kläger einen neuen Kostenvorschuß, gewöhnlich in Höhe von drei Goldmark, in Form einer Kostenmarke zahlt. Bargeld wird im Gerichtssaal nicht angenommen. Ist der Kläger, also unter Umständen auch der gegen einen Untermieter klagende Hauptmieter, nicht mit Kostenmarken versehen, so wird ein neuer Termin nach Zahlung des Kostenvorschusses von Amts wegen anberaumt. Teilbeträge der Miete braucht der Vermieter nicht anzunehmen. Bei der herrschenden Geldnot wird es natürlich jeder vernünftig denkende Vermieter tun. Der Mieter kann sogar noch in der Berufungsinstanz die rückständigen Mietbeträge zahlen und damit die Klage zur Abweisung bringen. Er muß dann allerdings die gesamten Kosten des Rechtsstreites zahlen.

Der Rahardt-Prozeß vor seinem Abschluß.

Nach 19tägiger Verhandlung, die während der letzten 5 Wochen vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schultze stattfand, nähert sich jetzt der Prozeß gegen den früheren Präsidenten der Berliner Handwerkskammer und Ehrenobermeister Karl Rahardt, dessen Sohn und mehrere weitere Angeklagte dem Abschluß. In den letzten Tagen wurden noch zahlreiche Zeugen über die Zustände auf der Danziger Reichswerft vernommen. Es wurde geschildert, daß eine Reihe von sogenannten Werfthyänen am Werke waren, um die Heeresgüter zu verschieben. Die Rechtsanwälte Dr. Roetter und Dr. Rauenberg suchten durch Gegenzeugen nachzuweisen, daß die Angeklagten an diesen Räubereien unbeteiligt waren und daß die Anklage ihnen all das, was an Unredlichkeiten in Danzig vorgegangen ist, zu unrecht in die Schuhe schiebe. Heute wurden noch die letzten Sachverständigen zu dem Punkt Preistreiberei vernommen. Voraussichtlich wird Staatsanwalt Dr. Kußmann morgen früh mit der Vertretung der Anklage beginnen. Die Schlußausführungen der Verteidiger werden sich daran schließen und es ist am Ende der Woche mit dem Urteil zu rechnen.

Beginn der Gerichtsferien.

Am heutigen Tage haben die Gerichtsferien begonnen, die vom 15. Juli bis 15. September dauern. Wie auch in früheren Jahren sind auch nach der Neuordnung der Justiz und dem Abbau wiederum eine Reihe von Strafabteilungen eingerichtet worden, sowohl bei den Strafkammern als Berufungsinstanz als auch bei den Schöffengerichten. Hier werden die dringenden Fälle, insbesondere Haftsachen zur Aburteilung gebracht werden. Die Schwurgerichte tagen während der Ferien nicht. Größer sind die Einschränkungen bei den Schöffengerichten, bei denen nur ganz dringende Klagesachen, wie Wechselklagen und einstweilige Verfügungen während der Ferien zur Erledigung gelangen.

Das Dezernat für den Vieh- und Schlachthof, das bisher Stadtrat Busch inne hatte, ist dem Genossen Stadtrat Schüning übergeben worden. Das Dezernat für die städtischen Markthallen, das städtische Grundeigentum, hat Stadtrat Busch behalten.

80 Jahre alt und 56 Jahre in der Partei. Genosse Franz Kleber, Berlin N., Stettiner Straße 46, begeht morgen, Mittwoch, seinen 80. Geburtstag. Bereits seit 1868 gehört Genosse Kleber der Partei an. Der wackere Parteigenosse lebt in dürftigen Verhältnissen.

Ein recht gefährlicher Brand beschäftigte die Tempelhofer Feuerwehr in der Gottlieb-Dunckelstraße in Tempelhof. Sie mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig löschen, um des Feuers, das reiche Nahrung gefunden hatte, Herr zu werden. Entstanden ist der Brand vermutlich durch Funkenflug.

Die Messerstecherei, der in der Liebigstraße zwei Taubstumme zum Opfer fielen, ist jetzt weiter geklärt. Der Schankwirt Wilke hatte den Beamten zwei Messer gezeigt, mit denen die Stiche unmöglich ausgeführt sein konnten, und behauptet, daß er andre nicht besitze. Bei einer nochmaligen genauen Untersuchung der Räume fand man jedoch endlich das Messer, mit dem die beiden Taubstummen erstochen worden sind, in einem Schutthaufen im Keller. Es ist ein Brotmesser, das der Sohn Wilkes selbst gemacht hat. Die Tochter Wilkes hatte zunächst vor, dieses Messer, das die Familie schwer belastet, zu verbrennen, es dann aber unter den Schutt versteckt. Wilke und sein Sohn werden dem Untersuchungsrichter vorgeführt, ebenso von der anderen Seite der Taubstumme Bernhard, der aus dem Krankenhaus schon wieder entlassen werden konnte.

Bergunfall eines Potsdamer Rechtsanwalts. Zwei Deutsche unternahmen, wie uns aus Appenzell mitgeteilt wird, eine Besteigung des „Alten Mannes". Beim Abstieg glitt Rechtsanwalt Dr. Rotschild-Potsdam aus und fiel in eine Felsspalte. Eine Rettungskolonne machte sich an die Arbeit, ihre Versuche blieben jedoch ohne Erfolg, da Dr. Rotschild mit einem Seil heraufgezogen werden muß, was eine äußerst mühsame Arbeit ist. Am Montag gegen nachmittag war der Verunglückte noch am Leben.

Einheitsverband sozialistischer Unternehmer. Mittwoch, den 16. Juli, abends 7 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße (Ecke Rochstr.), Monatsversammlung. Gäste können eingeführt und Beiträge entrichtet werden. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Eine braune Zeltbahn verloren! Auf der Sonnenwendfeier der Soz. Arb.-Jugend hat die Abteilung Luisenstadt eine braune Zeltbahn verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, diese im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof links, II Treppen, abzuliefern.

Weitere Vernehmung Haarmanns.

Eine amtliche Darstellung.

Der Massenmörder Haarmann ist auch am Sonntag wieder bis in die Nacht hinein vernommen worden. Identifiziert wurden dabei neuerdings der Fall eines zweiten Berliners. Es handelt sich um den Sohn eines Berliner Gastwirts, der etwa im Februar-März 1922 ein Opfer Haarmanns geworden ist. Dafür, daß Haarmann mit Menschenfleisch gehandelt hat, hat sich bisher nicht der geringste Anhaltspunkt ergeben. Es ist dagegen einwandsfrei festgestellt, daß er mit Kaninchen-, Ziegen-, Pferde-, Hühner- und Hundefleisch Handel getrieben hat, welches er zu billigem Preise verkaufte. Der Schlächter, von dem er das Fleisch angeblich so billig erhielt, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Beziehungen, die Haarmann zu dem Schlächter hatte, haben sich Ende v. J. gelockert. Der Fleischhandel Haarmanns ließ seitdem auch nach. Die Tel-Union verbreitet eine längere amtliche Darstellung des Falles Haarmann, in der sie sich gegen „durchaus falsche bzw. auf Kombinationen beruhende Berichte" wendet. Wir kommen noch darauf zurück.

Vier Personen beim Baden ertrunken. Beim Baden in den Wedauseen bei Duisburg sind vier Personen ertrunken, darunter ein Familienvater. In einer großen Zahl von weiteren Fällen gerieten badende Personen in Lebensgefahr, konnten aber noch gerettet werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Aufheiterung und am Tage Erwärmung, schwache Luftbewegung.

Deutschland: Im Nordosten noch ziemlich kühl und wolkig, sonst allgemein heiteres, am Tage wärmeres Wetter.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

82. Abt. Steglitz. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch fällt aus.

Jungsozialisten. Gruppe Tempelhof-Mariendorf. Heute, Dienstag, 7½ Uhr, im Jugendheim Tempelhof, Germaniastr. 4/6, Vortrag des Gen. Möckel.

Gewerkschaftsbewegung

Die Rückkehr mit Hindernissen.

Die „Rote Fahne" hat endlich die Sprache wiedergefunden angesichts des Beschlusses des Moskauer Kongresses, der „die Entfachung der Austrittsbewegung" aus den Gewerkschaften durch die Schumacher und Genossen verurteilt. Sie gibt einen langen und gewundenen Kommentar zu dem Beschluß. Zunächst erzählt sie, im Gegensatz zu den Feststellungen des Moskauer Kongresses, die Geschichte der Spaltung nach ihrer Art. Dann druckt sie den Beschluß nochmals ab und fügt hinzu:

> Hier gibt es keine Auslegungskünste und keine verschiedenen Deutungen mehr. Zurück in die Gewerkschaften! ruft der Kongreß allen Kommunisten, allen revolutionären Arbeitern zu. Und wir wissen, es gibt keinen Kommunisten, der sich dieser Entscheidung widersetzen wird.

Der einfache Leser wird nun annehmen, daß sich für alle deutschen Kommunisten die selbstverständliche Pflicht ergibt, ohne weiteres wieder in die Gewerkschaften einzutreten. Die „Rote Fahne" fährt jedoch fort:

> Was nun mit den selbständigen Verbänden, mit den vielen selbständigen, von den Amsterdamern abgespaltenen und ausgeschlossenen Ortsgruppen? So werden Tausende von Genossen fragen. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Gruppen und Verbände nicht einfach aufgelöst werden, und daß die Mitglieder wie eine Herde Schafe auseinanderlaufen und sich wieder einzeln den Amsterdamer Verbänden anschließen. Was der Kongreßbeschluß vielmehr bezweckt, ist, daß die Tendenz in diesen Verbänden sein muß: die denkbar schnellste Vereinigung mit den alten Gewerkschaften und die Herstellung einer geschlossenen gewerkschaftlichen Front, wo es irgend nur möglich ist. Das schließt nicht aus, daß sie vorläufig noch alles daransetzen, Unorganisierte in ihre Reihen aufzunehmen. Zweck darf aber nicht sein, damit den weiteren Ausbau eigener und neuer Verbände zu fördern, sondern ausschließlicher Zweck dieser Agitation und Organisierung der Unorganisierten muß sein, sie auf diesem Wege in die alten Gewerkschaften zu überführen. Bei der Durchführung dieser Linie wird die deutsche Partei schwere Widerstände zu überwinden haben, aber sie müssen überwunden werden, denn es ist der einzige Weg, um gemäß dem Kongreßbeschluß die gewerkschaftliche Einheit wieder herzustellen und den revolutionären Einfluß in den alten Gewerkschaften so zu stärken, daß diese nicht mehr zu Hilfsorganen für das Kapital verwendet werden können, sondern zu revolutionären Klassenorganen des Proletariats umgestaltet werden.

Also die Rückkehr in die Gewerkschaften wird so vollzogen, daß die abgespaltenen Organisationchen lustig weiter bestehen, neue Mitglieder aufnehmen, soweit sich welche finden sollten. Wenn dann auf diesem Wege die viel gerühmte Einheitsfront nicht herzustellen ist, dann wird man die Schuld selbstverständlich den „Amsterdamer Verrätern" zuschieben.

Wie diese „Rückkehr" in die Gewerkschaften gedacht ist, geht aus einem Berichte über den Bezirkstag der Union der Hand- und Kopfarbeiter hervor, der in derselben Nummer der „Roten Fahne" abgedruckt ist. Von einer etwaigen Auflösung der Union oder dem Uebertritt der Mitglieder in die Gewerkschaften ist keine Rede. Dagegen sind eine Reihe Beschlüsse gefaßt worden, die den Ausbau der Union zum Ziel haben. Es ist nicht unsere Sache, über die Ausführung der Beschlüsse der kommunistischen Internationale durch die KPD. zu wachen. Wir stellen die Tatsachen lediglich zu dem Zweck fest, allen Arbeitern aufzuzeigen, wo nach dem Eingeständnis der Kommunisten selbst die Gewerkschaftsspalter sich befinden.

Im übrigen sind wir überzeugt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsgründungen infolge ihrer Unfähigkeit, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, unweigerlich dem Verfall geweiht sind. Aus dem Bericht der Berlin-Brandenburger Union geht z. B. hervor, daß diese kommunistische Organisation an 73 Streiks bzw. Lohnbewegungen „beteiligt" war. Das soll wohl heißen, daß bei Kämpfen, die von den Gewerkschaften geführt wurden, auch Mitglieder der Union beteiligt waren. Der Bericht verschweigt aber wohlweislich, wieviel Kämpfe die Union selbst geführt hat und welches Resultat dabei für die Arbeiterschaft erzielt worden ist.

Die kommunistischen Organisationen sind nur imstande, hinter den Wagen der freien Gewerkschaften schimpfend herzulaufen, aber sie sind außerstande, irgendwie selbständig erfolgreiche Kämpfe zu führen. Bisher haben sie sich mit Hilfe der Unterstützung von Moskau künstlich am Leben erhalten können. Wenn diese Unterstützung ausbleiben sollte, was man nach dem Beschluß des Weltkongresses annehmen darf, dann wird der Auflösungsprozeß ganz von selbst kommen. Allerdings werden dann, wie die „Rote Fahne" sagt, die Mitglieder wie eine Herde Schafe auseinanderlaufen. Sie werden zum großen Teil sich von der Organisationspflicht drücken. Aber das ist offenbar die geringste Sorge der KPD.

Arbeitszeitkampf in der chemischen Industrie.

Auf dem Papier 8, in Wirklichkeit 10 Stunden.

In der chemischen Industrie ist das bisherige Arbeitszeitabkommen von den Arbeitnehmern zum 31. d. M. gekündigt worden. Die bisher gepflogenen Verhandlungen brachten als Ergebnis einen Vermittlungsvorschlag, der die regelmäßige tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden festsetzte, dann aber mit Rücksicht auf die „bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse" eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und, nach Zustimmung der tariflichen bezirklichen Organisationen, sogar auf 10 Stunden zuläßt. Dabei sollten dann weder die neunte noch die zehnte Stunde als Ueberstunde bezahlt werden. Der Einigungsvorschlag enthält ferner die Bestimmung, daß in Streitfällen die bestehende paritätische Zentralstelle entscheidet. Kommt hier eine Einigung auch nicht zustande, sollen Unparteiische herangezogen werden, die möglicherweise sogar vom Reichsarbeitsminister zu bestellen sind. Von Bedeutung ist in diesem „Einigungsvorschlag" auch die Bestimmung über die Waschzeit. Bezahlte Waschzeiten während der Arbeitszeit sollen gänzlich abgeschafft werden, doch soll dort, wo Waschzeit infolge der schmutzigen Arbeit angebracht erscheint, eine bestimmte Zeit nach der Arbeitszeit als Waschzeit bezahlt werden können. Der Einigungsvorschlag zeigt hier also das größte Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeitgeber.

Zur Urlaubsfrage bestimmt der Vorschlag, daß grundsätzlich jeder Arbeitnehmer nach einjähriger ununterbrochener Beschäftigung im Betriebe Urlaub zu beanspruchen hat. Die Entschädigung beträgt für den Urlaubstag soviel mal den Stundenlohn, als Stunden am Tage gearbeitet werden. Offenbar soll mit dieser Bestimmung den Arbeitern die Verlängerung der Arbeitszeit schmackhaft gemacht werden. Das Abkommen sollte nach seiner Annahme zum 31. März 1925 erstmalig kündbar sein.

In einer Funktionärkonferenz für das Chemiekartell wurde nach einem Bericht, den Poch vom Fabrikarbeiterverband gab, lebhaft über den Einigungsvorschlag diskutiert. Alle Redner waren sich in

der Ablehnung einig. Schließlich schloß sich die Versammlung dem Vorschlage des Kartells an, das das Abkommen ablehnt und es gleichzeitig für unmöglich erklärt, durch eine freie Vereinbarung zwischen den Organisationen zu einer Regelung der Arbeitszeitfrage im Sinne der Arbeitnehmer zu kommen. Den Arbeitgebern wird es anheimgestellt, noch einmal die Schlichtungsinstanzen anzurufen.

Der Lohnstreit bei der Omnibusgesellschaft.

Daß die Berliner Omnibusgesellschaft zu den reaktionärsten Verkehrsunternehmungen gehört, bewies sie am letzten Sonnabend in den Verhandlungen mit dem Verkehrsbund über eine neue Lohnregelung. Die bisherigen Löhne der Omnibusangestellten, Fahrer, Schaffner und Handwerker, sind künstlich niedrig gehalten. Dazu kommt noch eine 9½stündige Arbeitszeit. Diese wird durch die augenblickliche Eigenart des Betriebes noch verlängert. Die Fahrzeiten sind äußerst knapp bemessen, so daß die Omnibusse im Eiltempo die Straßen durchfahren müssen. Da der Schaffner auch die Deckplätze zu bedienen hat, gibt es alle Hände voll zu tun, um jeden Fahrgast zu kassieren.

Der Verkehrsbund beantragte eine 20prozentige Lohnerhöhung für das Gesamtpersonal. Die Vertreter der OAG. erklärten, daß nur für die älteren Fahrer eine kleine Lohnerhöhung in Frage kommen kann; an eine Lohnaufbesserung der Schaffner und Handwerker sei nicht zu denken. Die Omnibusgesellschaft begründete ihren Standpunkt damit, daß sie den Fahrtarif nicht erhöhen kann, und daß die Zahl der Fahrgäste abgenommen hätte.

Zu einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Lohnverhandlungen werden diese Woche Donnerstag vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Vom Urteil des Schlichtungsausschusses wird es abhängen, ob der Friede in den Omnibusbetrieben gewahrt bleibt oder nicht. Jedenfalls wird der Verkehrsbund alles daran setzen, um mit allen zulässigen gewerkschaftlichen Mitteln die bescheidenen Forderungen durchzusetzen.

Wie man umlernt.

Der Herr Generaldirektor Lipschütz hatte eines Tages das Bedürfnis, seinem großen Personal zu zeigen, daß „Er" der Herr im Hause ist. Er begab sich nach dem Café Bauer und stellte fest, daß der Portier X. seinen Posten vor der Tür verlassen hatte. Der Portier X. wurde natürlich vom Herrn Generaldirektor entlassen. Die Sache kam vor das Gewerbegericht und dieses Gericht kam, wie wir seinerzeit berichteten, zu der Ueberzeugung, daß der Portier X. genau wie jeder andere ein Mensch sei und auch einmal seine Notdurft verrichten muß. Da das natürlich nicht vor dem Portal des Cafés geschehen kann, mußte sich der Portier nach einem verschwiegenen Oertchen begeben. Die Hotelbetriebsaktiengesellschaft Konrad Uhl wurde zur Wiedereinstellung verurteilt.

Die Gesellschaft lehnte jedoch eine Weiterbeschäftigung ab. Nunmehr mußte sie an den Portier 802 M. bezahlen. Da die Hotelbetriebsaktiengesellschaft Konrad Uhl diese 802 M. nicht freiwillig zahlte, hat ein Gerichtsvollzieher kräftig nachgeholfen, indem er den großen Geldschrank pfändete.

Auch ein anderer Direktor hatte das Bedürfnis, einen Kellner hinauszuwerfen, weil er angeblich im Dienst geraucht hat. Auch hier entschied das Gewerbegericht auf Wiedereinstellung und Entschädigung. Inzwischen hatte die Leitung der Hotel-A.-G. soviel aus dem ersten Prozeß gelernt, daß sie den hinausgeworfenen Kellner sofort wieder einstellte. Die Kläger wurden vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten vertreten.

Lohnabkommen der Glaser.

Eine Mitgliederversammlung der Glaser beschäftigte sich am Montag mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. Fachgruppenleiter Purfürst berichtete, daß die Unternehmer einen Stundenlohn von 90 Pf. bewilligen. Demnach beträgt die Lohnerhöhung 5 Pf. pro Stunde. Ueber die Geltungsdauer des Lohntarifes gab es in der Verhandlung große Meinungsverschiedenheiten. Schließlich einigten sich die Parteien dahin, daß die neuen Löhne ab 11. Juli zu zahlen sind und vorläufig bis zum 30. September gelten.

Die Versammlung erklärte sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit dem Resultat einverstanden.

Achtung, Baudelegierte! Mittwoch nachmittag 5 Uhr in den Residenz-Festsälen, Landsberger Str. 31, Baudelegiertenversammlung aller im Hoch-, Tief- und Betonbaugewerbe beschäftigten Mitglieder des Baugewerksbundes. Unbedingtes und pünktliches Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Verbandsbuch und Delegiertenkarte sind am Saaleingang vorzuzeigen; ohne diese kein Zutritt.

Der Vereinsvorstand.

Aus der Partei.

Alte Parteifahnen.

Die Lübecker Genossen schreiben uns:

Auch die Lübecker Parteiorganisation ist im Besitze einer Fahne aus dem Jahre 1877. Von den Genossinnen der damaligen Zeit gestiftet, hat auch unsere Fahne ihre Geschichte. Wie in Flensburg war auch die „republikanische" Hanseatenpolizei während des Sozialistengesetzes scharf auf die Fahne der Lübecker Sozialdemokratie. Doch unsere Genossen, unter Führung des verstorbenen Genossen Theodor Schwarz, waren schneller. In einem wasserdichten Behälter wurde die Fahne in der Wakenitz versenkt. Nach Wochen wieder hervorgeholt und, um in Polizeistil zu sprechen, in sicheren Gewahrsam genommen. Also auch der sozialdemokratische Verein Lübeck wird im Jahre 1927 sein 55jähriges Fahnenjubiläum haben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Besonders billige Schuhwaren bringt das bekannte **Großdetail-Schuhlokal Behrndt, Münzstr. 25**, mit seinen Filialen **Kottbuser Damm 13** und **Frankfurter Allee 54**. Diese Firma hat ein besonders großes Lager und hat es sich zur Aufgabe gemacht, gute Schuhe für billiges Geld zu liefern. Wir verweisen daher auf das heutige Inserat der Firma.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Reinwollene schwere
Strickwesten 8.75
Strickjacken, lange 17.—
Qualitätsware — solange Vorrat. Alle anderen Strickwaren wirklich billig! — Nur Einzelverkauf!
Bruno Richter & Co., Fabr.-Ndlge. Thüring. Wollwaren — **Bln.-Pankow** Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

Bis auf weiteres gebe ich meiner werten Kundschaft auf **Zigaretten, Zigarren, Tabake** bei Barzahlung **20% Rabatt**
Alle bekannten Marken wieder am Lager
Zigarren von 3—30 Pf. pro Stück.
Tabake bedeutend billiger geworden.
Arno Geßner, Tabakwaren-Groß-Handlung.
Berlin NW, Werftstr. 21, am Kriminalgericht

Letzte Woche *Saison-Ausverkauf* **nochmals**
Viele Artikel **herabgesetzt**

Auch in der letzten Woche unseres Saison-Ausverkaufs bringen wir ganz besondere Vorteile. Von den rücksichtslos herabgesetzten Artikeln haben wir trotz großen Andrangs noch große Quantitäten, so daß jeder das Passende findet.
Unser Lager beträgt über 30 000 Paar.
Hierneben nur einige Beispiele:
Damen Halbschuhe echt R°Chevreau u. Cromleder, mod. runde Form 35—40 **3.90**
Breite Schiebespange mod. spitz. Form, halbhoher Absatz, gutes Material **5.90**
Damen-Leinen-Halbschuhe moderne Form, gute Ledersohle **2.35**
Herren-Luxus- u. Straßenstiefel Orig. Goodyear Welt, braun u. schwarz, pr. Boxkalf m. grau. u. braun. Nubukeins., hochel. Stiefel, erstkl. Fabr. früher 24.50 u. 29.30, jetzt braun 13.80, schwarz **12.50**

ca. 1100 Paar
Damen-Weiß-Leinen-Schnürschuhe, mod. spitze Form, gutes Fabrikat, gute Ledersohl
Damen-Lastingschuhe, gutes Fabrikat, gute Ledersohlen
Damen-Leder-Hausschuhe und Lederniederstreifen, mit guter Ledersohle
2.95

ca. 300 Paar
Herrenstiefel starkes Spaltleder, breite Form
Herren-Halbschuhe weiß Leinen. Auf Rand weiß gedoppelt, sehr gutes Fabrikat und Material, mod. spitze Form
Damen-Halbschuhe mod. kurze Form, Chromleder u. R°-Chevreau
Lackspangenschuhe prima Material, Größe 22-30 (Gr. 31-35 5.90)
4.90

ca. 2000 Paar
Damen-Halbschuhe echt Sämischleder, grau, braun und schwarz sowie braun u. schwarz Boxkalf und andere gute Ledersorten, **Orig. Goodyear-Welt** Handarbeit und Mackkay.
Breite Schiebespange braun, echt Chevreau, moderne spitze Formen.
Herren-Stiefel u. Halbschuhe moderne spitze und runde Formen
7.90

ca. 1200 Paar
Herrenstiefel braun echt Rindbox und schwarz Boxkalf
Braune Herren-Halbschuhe echt Boxkalf, teils auf Rand, weiß gedoppelt, mod. Form
Damen-Halbschuhe Braun und schwarz, echt Boxkalf, moderne spitze Form, erstklassiges Fabrikat
Breite Schiebespange echt Boxkalf, sehr elegant und schick
9.80

Damen-Hausschuhe Dirndlstoff, entzückende Farben ..... **95** Pf.
Turnschuhe m. starker Spaltleder-od. Textilsohle. 36-41 1.25, 27—35 ..... **75** Pf.
Sandalen prima braun Rindleder für Damen, Herren u. Kinder in gr. Auswahl **billig**

Gross-Detail **Schuh-Lokal Behrndt**
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 54
Kottbusser Damm 13

Leder-Kinderstiefel mit Ledersohlen. Größe 18—20 ..... Pf. **60**
Bessere Sorten Größe 20—22 **2.40** 23—24 **2.60**, 18—20 **1.70**
Echt Rindbox Gr. 31-35 **5.50**, 27-30 **4.80**

Saison-Ausverkauf!

Der ungeheuere Erfolg unserer spottbilligen Preise veranlaßt uns, den Ausverkauf **um 1 Woche zu verlängern!**

Von 12½ bis 3 Uhr geschlossen!

Konfektion
Waschblusen verschiedene hübsche Dessins 1.45
Zephirblusen lang geschnitten, offen und geschlossen 1.75
Hemdblusen lang geschnitten, aus weißem Waschstoff 1.95
Jumper Mousseline, neueste Muster 2.50
Sportröcke in verschiedenen Mustern 1.65
Waschunterröcke mit hohem Plissee-volant 2.95
Musseline-Kleider in hellen und dunklen Farben 3.85
Frotté-Kleider in modernen dunklen Streifen 4.95

Waschstoffe / Kleiderstoffe
Schleierstoffe entzückende Kleidermuster . Mtr. **68** Pf.
Zephir neueste Streifen, für Oberhemden und Sporthemden ..... Mtr. **68** Pf.
Crêpestoffe hervorragende Qualitäten, f. Blusen und Kleider ..... Mtr. **78** Pf.
Schweizer Spezial-Voile weiß und farbig 115 cm breit . Mtr. **85** Pf.
Tennisstoffe moderne Streifen, Ia Qualität, doppeltbreit ..... Mtr. **95** Pf.
Blusenstoffe moderne Streifen ..... Mtr. **65** Pf.
Reinwollene Cheviots viele Farben, doppeltbreit ..... Mtr. **1.28**
Gabardine marine, 110 cm breit ..... Mtr. **1.45**
Donegal schwere Kostümstoffe, 150 cm breit ... Mtr. **1.65**
Reinwollene Popeline gute Qualitäten, verschied. Farben, 100 cm breit . Mtr. **2.75**

Baumwollwaren / Gardinen
Handtuchstoff ..... Meter **48** Pf.
Laken fertig genäht ..... Stück **1.95**
Deckbettbezug fertig genäht zum Knöpfen ..... Stück **2.95**
Köper-Inlett ..... Meter **1.25**
Etamin weiß, doppeltbreit ..... Meter **98** Pf.
Etamin-Halbstores **2.95**
Künstler-Gardinen engl. Tüll, 3teilige Garnitur **4.50**
Madras-Künstler-Gardinen 3teilige Garnitur **9.50**
Bettdecken engl. Tüll **3.50**
Tischdecken Kochelleinen **4.50**

Mengenabgabe vorbehalten! Verkauf soweit Vorrat!

Wäsche
Wäsche-Stickerei in verschiedenen Breiten ..... Meter 16, 12, **8** Pf.
Unterrock-Stickerei in versch. schönen Mustern, 26 cm breit, Meter **75** Pf.
Damenhemden Achselschl., pa. Hemdt. m. Stick. **1.95**
Damenbeinkleider m. schön. Stick. a. gut. Renf. **2.45**
Garnituren Hemd u. geschl. Beinkleid mit Stickerei **4.95**
Prinzeßröcke m. hübscher Hohlsaum-Garnitur **4.50**

Kurzwaren
Obergarn 200 m ..... **12** Pf.
Stopftwist ... per Knäuel **6** Pf. 3 Knäuel ..... **17** Pf.
Sternzwirn .... 5 Sterne **8** Pf.
Baumwollband 2½ m Stück **5** Pf.
Stopfwolle ..... Karte **8** Pf.
Strickwolle weiche Qualität, 100 Gramm ..... **85** Pf.

Singer & Co

Strumpfwaren
Damenstrümpfe Bmw., schwz., weiß u. farb. **40** Pf.
Damenstrümpfe mit Doppelsohle u. Hochf., schw., fbg **85** Pf.
Damenstrümpfe Kunstseide, lederfrbig, schwarz und farbig **1.65**
Damenstrümpfe allerfeinst. Seidenflor m. Doppelsohle u. Hochf., schw. u. fbg **1.75**
Herrensocken Ferse u. Spitze verst. mod. Farb **38** Pf.
Herrensocken fein gewebt, mit Längsstreifen, Doppelsohle und Hochferse . **78** Pf.

Bedarfsartikel
Kinderschürzen Hängeform, aus gut. Stoff, dunkl. Muster, 40 cm lang **1.25**
Jumperschürzen in verschieden bunt. Mustern **1.45**
Wirtsch.-Schürzen a. la gestr. Waschstoff, 120 cm weit **1.95**
Tändelschürzen weiße m. Trägern u. reich. Stickerei garn. **1.95**
Oberhemden neue Streifen, mit Falsenbr., Klappmanschetten und Kragen .. **4.25**
Hosenträger Gummi m. Leder **85** Pf.

Berlin N, Chausseestr. 61-62, Ecke Liesenstr. Untergrundbahnhof Schwartzkopffstraße